

Skandal holt Brasiliens Finanzminister ein

Rücktritt von Palocci wird in dieser Woche erwartet · Schlag für Präsident Lula · Vorzeitiges Ende einer Erfolgsgeschichte

VON HANNA HENKEL, RIO DE JANEIRO

Brasiliens Finanzminister Antonio Palocci steht kurz vor dem Rücktritt. Präsident Lula da Silva wird in diesen Tagen über das weitere Schicksal des in Korruptionsvorwürfe verstrickten Ministers entscheiden, berichteten brasilianische Medien.

Paloccis Abgang wäre ein schwerer Verlust für die Mitte-links-Regierung von Lula. Als Garant einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik war Palocci für Lula der bisher wichtigste Minister: Ohne sich von Kritikern beirren zu lassen, hatte Palocci der Wirtschaft die notwendige bittere Medizin wie hohe Zinsen und Haushaltsüberschüsse

verschrieben. Das Resultat: Die Inflation ist gebremst, die Wirtschaft wächst und das Land ist heute weit weniger anfällig für Schuldenkrisen als früher.

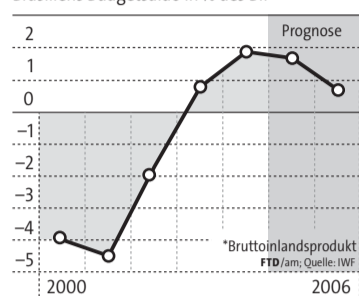
Doch steht Palocci schon seit Monaten unter Korruptionsverdacht. Der bisher größte politische Skandal in der neueren Geschichte Brasiliens hat die gesamte Regierung und Lulas Arbeiterpartei (PT) erfasst. Zuletzt waren zudem Vorwürfe aufgekommen, dass Palocci versucht habe, Zeugen mit unlauteren Mitteln zu diskreditieren.

Lula hat lange an seinem Finanzminister festgehalten, nun aber droht auch sein Image Schaden zu nehmen. Zu einem direkten Angriff holte die renommierte Tageszeitung „Folha de São Paulo“ aus: „Das Verhalten der Regierung zeigt in diesen Tagen einen Verfall der Ethik und eine Verletzung der Institutionen ohne Beispiel“, schrieb sie.

Damit droht Palocci zur Belastung zu werden – was sich der Präsident mit Blick auf die für Oktober angesetzten Kongress- und Präsidentschaftswahlen nicht leisten kann. Zudem ist der Moment für einen Abgang günstig: Da alle Regierungsmitglieder, die kandidieren wollen, bis Ende des Monats ihre Ämter niederlegen müssen, könnte auch Palocci sich so zurückziehen.

Arm unterm Zuckerhut

Brasiliens Budgetsaldo in % des BIP*



Palocci selbst hat die Öffentlichkeit bereits vorbereitet. Vor Unternehmern und Investoren erklärte er am Freitag: „Während ich derzeit in der Hölle schmore, ist die brasilianische Wirtschaft in himmlischem Zustand.“ Seine Botschaft: Die Stabilität ist nicht mehr von einzelnen Personen abhängig. Die Finanz-

märkte haben bislang noch gelassen reagiert. „Sie sind angespannt; Panik gibt es aber nicht“, sagte Ricardo Amorim von der WestLB in New York.

Als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge wird Senator Aloizio Mercadante gehandelt. Politisch steht er weiter links als Palocci. Genannt wird zudem Guido Mantega, Ex-Planungsminister und derzeitiger Chef der staatlichen Entwicklungsbank BNDES. Der Wunschkandidat der Wirtschaft ist Vizefinanzminister Murilo Portugal. Der promovierte Ökonom und ehemalige Repräsentant Brasiliens beim IWF gilt als Verfechter einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik.

Nigerias Rebellen lassen ausländische Geiseln frei



Die Rebellen im Nigerdelta haben gestern ihre drei letzten ausländischen Geiseln freigelassen, die sie vor fünf Wochen entführt hatten. Bei den Freigelassenen handelte es sich um zwei amerikanische und einen britischen Ölarbeiter, wie die Behörden mitteilten. Alle drei seien in guter Verfassung, erklärte ein Sprecher der Provinzregierung. Nigeria ist der führende Ölexporteur Afrikas und fördert in der Regel rund 2,5 Millionen Barrel pro Tag. Die Fördergesellschaften haben wegen der wiederholten Übergriffe die Fördermenge um 20 Prozent zurückgefahren. Die Rebellen verlangen eine stärkere Beteiligung der Einwohner an den Gewinnen aus der Ölförderung. Die Bewegung für die Befreiung des Nigerdeltas hatte am 18. Februar insgesamt neun Ausländer entführt, sechs von ihnen aber schon nach einer Woche wieder freigelassen. FTD

Proteste gegen Freilassung von Abdul Rahman

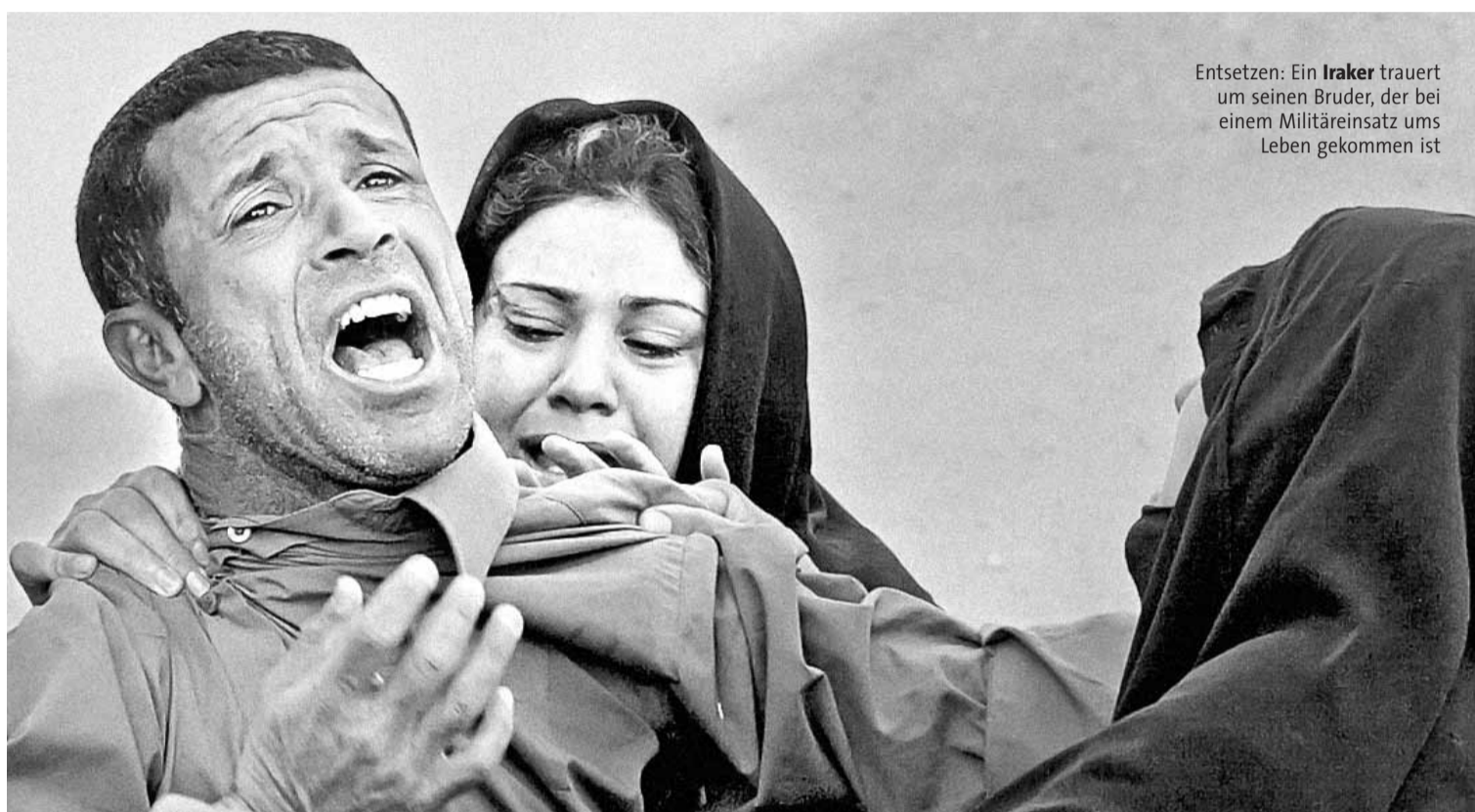
Afghane wird auf Geisteszustand untersucht

Hunderte Muslime haben gestern in Afghanistan gegen eine mögliche Freilassung des zum Christentum konvertierten Abdul Rahman protestiert. Wie die Polizei berichtete, riefen aufgebrachte Demonstranten im nordafghanischen Masar-i-Scharif anti-westliche Parolen. Die Demonstranten appellierten an den afghanischen Präsidenten Hamid Karsai „Gerechtigkeit“ walten zu lassen. „Amerika, höre auf, dich einzumischen. Karsai, stärke die Justiz“, rief ein Geistlicher der Menge zu. In Masar-i-Scharif sind auch Soldaten der Bundeswehr stationiert.

Die von Muslim-Geistlichen angeführte Kundgebung zeigt, dass die Gefahr der Lynchjustiz für den konvertierten Rahman im Fall einer Freilassung nicht von der Hand zu weisen ist. Rahman weigert sich, zum Islam zurückzukehren. Da das afghanische Rechtssystem zum Teil auf dem islamischen Gesetz der Scharia beruht, wird der Abfall vom Islam mit der Todesstrafe geahndet. Das gilt aber nur, wenn der Konvertit im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte ist.

Staatsanwalt Semarai Amiri sagte in Kabul, Rahman sei noch nicht von Ärzten auf seine Zurechnungsfähigkeit hin untersucht worden. Tags zuvor hatte das Gericht den Fall an die Staatsanwaltschaft zurückverwiesen und Untersuchungen angeordnet. Würde Rahman für prozessunfähig erklärt, müsste das Verfahren eingestellt werden. Beobachter halten das für wahrscheinlich.

Deutschland, die USA und die EU üben Druck auf die afghanische Regierung aus, für einen glimpflichen Ausgang der Anklage zu sorgen. Auch Papst Benedikt XVI. hat um Gnade für den Konvertiten gebeten, der vor seiner Rückkehr nach Afghanistan lange in Deutschland gelebt haben soll. Die Regierung ist einerseits bemüht, die Forderungen ihrer westlichen Verbündeten zu erfüllen. Andererseits will sie nicht die einflussreichen Moslem-Geistlichen verprellen. DPA/REUTERS



Entsetzen: Ein Iraker trauert um seinen Bruder, der bei einem Militäreinsatz ums Leben gekommen ist

Schiiten werfen US-Truppen Mord vor

Regierungsgespräche nach umstrittenem Militäreinsatz geplatzt · Gouverneur stellt Kooperation ein

VON STEVE NEGUS, IRAK, UND MARINA ZAPF, BERLIN

Nach dem Fund Dutzender Leichen in einer Moschee in Bagdad hat die irakische Regierung den verbündeten US-Truppen vorgeworfen, ein Massaker an Gläubigen verübt zu haben. Die regierende Schiitisch-Islamische Allianz sprach gestern von kaltblütigem Mord und forderte die US-Armee auf, die Verantwortung für die Sicherheit der irakischen Regierung zu übertragen.

Der Vorfall strapaziert das angespannte Verhältnis zwischen den US-Truppen und den Schiiten. Der irakische Minister für nationale Sicherheit, Abd al-Karim al-Ensi, warf dem Sturmtrupp vor, am Sonntag Abend in einer Moschee ein Massaker an Gläubigen verübt zu haben. Er schloss sich damit dem Vorwurf des militanten schiitischen Geistlichen Muktada al-Sadr an, dessen Sprecher zuvor

von einem Massaker an Unbewaffneten gesprochen hatte.

Auch Bagdads Gouverneur Hussein al-Tahan, ein Vertrauter von Ministerpräsident Ibrahim al-Dschafari, kündigte an, jegliche Zusammenarbeit mit den US-Truppen einzustellen, bis die Umstände untersucht seien. Er sprach von 37 Toten: „Sie waren alle unbewaffnet. Keiner hat einen einzigen Schuss auf die Soldaten abgefeuert“, sagte der Gouverneur. „Sie kamen rein, fesselten die Leute und erschossen sie.“

Das US-Militär ging nicht direkt auf die Anschuldigungen ein. Es teilte lediglich mit, irakische Spezialeinheiten hätten unter der Aufsicht von US-Beratern eine Razzia gegen Aufständische in dem nahe gelegenen Aadhmiya-Distrikt durchgeführt. Dabei seien 16 Aufständische getötet

und 15 festgenommen worden. Die schiitischen Parteien sagten aus Protest gegen den Militäreinsatz die Gespräche zur Regierungsbildung ab. Der Abgeordnete Dschawad al-Maliki von der Vereinten Irakischen Allianz erklärte, seine Partei werde heute über eine Fortsetzung entscheiden. Auch der irakische Innenminister zog die Version der US-Armee in Zweifel und kritisierte die „Razzia“ scharf.

Im Nordirak kam es zudem gestern zu einem der schwersten Anschläge in jüngster Zeit. Nahe der Stadt Mossul wurden nach offiziellen Angaben mindestens 40 Menschen bei einer Selbstmordattake getötet. Mindestens 30 weitere Menschen seien verletzt worden, als sich der Attentäter in der Nähe eines Rekrutierungsbüros für die

Armee in die Luft sprengte. Unter den Opfern des Attentats in der Nähe von Tal Afar waren neben Soldaten etliche Zivilpersonen, teilte das irakische Verteidigungsministerium mit.

US-Präsident George W. Bush hatte das 50 Kilometer westlich von Mossul gelegene Tal Afar erst kürzlich als Beispiel für die gelungene Bekämpfung der Aufständischen angeführt. Doch der Anschlag zeigt ein weiteres Mal, auf welch harte Probe der unsichtbare Feind den Aufbau der irakischen Sicherheitskräfte durch die US-Armee stellt.

Die irakische Armee zählt 113 000 Mann; vor einem Jahr waren es noch 68 000. Doch beschwerten sich Soldaten über unzureichende Ausrüstung. Innenminister Solagh wiederum sagte in einem Interview, die Polizei habe unter den Sicherheitskräften rund 3000 Kriminelle und Extremisten dingfest gemacht. MIT REUTERS, AP

„Sie kamen rein, fesselten die Leute und erschossen sie“

Hussein al-Tahan, Provinzgouverneur

Singapur zweifelt an Europas Wettbewerbsfähigkeit

Außenminister George Yeo kritisiert europäische Sozialsysteme und Institutionen · Hoffnung auf fortschreitende Integration in Asien

VON SABINE MUSCAT, SINGAPUR

Singapurs Außenminister George Yeo sieht Asien besser für die Zukunft gerüstet als Europa. „Europa steht vor einer sehr schwierigen Herausforderung“, sagte Yeo im Interview mit einer Gruppe europäischer Journalisten. „Ein großer Teil dieser Herausforderung kommt aus Asien.“ Wenn Europa seine Sozialsysteme und Entscheidungsstrukturen nicht rasch den Anforderungen der globalen Konkurrenz anpasse, werde es seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den stark wachsenden Volkswirtschaften in Asien verlieren, sagte Yeo.

Der Minister kritisierte sowohl die Subventionen für die europäischen Landwirte als auch die starken Arbeitnehmerrechte, deren Beschneidung die Bevölkerungen nicht hinnehmen wollten. „Die Märkte werden Euch am Ende besiegen“, warnte Yeo. „Es gibt andere, die bereit sind, 60-Stunden-Wochen hinzunehmen, und Ihr könnt sie nicht zwingen, weniger zu arbeiten.“ Unverständlich seien auch Auflagen bei Infrastrukturprojekten wie etwa das Nachtflugverbot

für den neuen Berliner Flughafen Schönefeld.

Yeos Worte spiegeln eine in asiatischen Regierungen verbreitete Überzeugung, wonach die europäischen Wohlfahrtsstaaten und freiheitlichen Demokratien unfähig zu echten Reformen sind. „Europa leidet unter seiner Selbstgefälligkeit“, so Kishore Mahbubani, Dekan der Lee Kuan Yew School of Public Policy.

Außenminister Yeo glaubt, dass die Debatte über Wettbewerbsfähigkeit das Projekt der europäischen Einigung

ernsthaft in Frage stelle. „Die Faktoren des früheren Zusammenhalts sind nicht mehr gültig. Eure Werte und Institutionen stammen aus einer anderen Ära“, sagte er.

Das von der Peoples' Action Party autoritär regierte Singapur wird wegen seiner demokratischen Defizite im Westen kritisiert. Es fördert als Gegengewicht zu seiner strategischen Anbindung an den Westen – die USA nutzt den Stadtstaat als Militärstützpunkt – die Anbindung an Asien. So sind Yeo wie auch Mahbubani der Auffassung, dass die regionale Integration in Asien derzeit besser vorankommt, als viele in Europa glaubten.

Der erste Ostasiengipfel im Dezember in Kuala Lumpur, an dem neben den Asean-Staaten auch China, Japan, Indien und Australien teilnahmen, sei ein großer Fortschritt gewesen. Mahbubani: „Es war wie ein Foto von der Zukunft.“ Die Landesstrategen geben zwar zu, dass institutionelle Defizite, unterschiedliche politische Kulturen und alte Feindschaften die Integration in Asien behindern. „Das schlechte Verhältnis zwischen China und Japan stimmt mich besorgt“, sagte Mahbubani. Doch ist er zuversichtlich, dass die wichtigen Länder ihren Erfolg nicht durch kriegerische Konflikte gefährden werden.

„Es gibt andere, die 60-Stunden-Wochen hinnehmen“

Außenminister George Yeo

Neun Menschen sterben bei Bombenanschlag

Bei einem Bombenanschlag mutmaßlicher Muslimextremisten im Süden der Philippinen sind gestern mindestens neun Menschen getötet worden. Mehr als 20 weitere wurden verletzt, als der Sprengsatz in einem Lebensmittelgeschäft auf der Insel Jolo kurz nach der Mittagspause explodierte. Möglicherweise steckten neu rekrutierte Mitglieder der militanten Muslimgruppe Abu Sayyaf hinter der Tat, die zu „Testzwecken“ einen Anschlag verübten, sagte der regionale Polizeichef Akmad Mamalinta. Zunächst wurde ein Verdächtiger festgenommen. Die Bombe war in einer Tasche versteckt, die bei der Gepäckverwahrung stehen gelassen wurde. Bei den meisten der Todesopfer handelt es sich um Angestellte des Geschäfts. DPA